

# Ein Urteil, kein Schlusstrich

Der Prozess um den rassistisch motivierten Brandanschlag und den Mord an Samuel Yeboah 1991 in Saarlouis steht unmittelbar vor dem Abschluss. Unabhängig von der Urteilsverkündung, die am Montag ansteht, hat das Verfahren nach mehr als 30 Jahren einiges in Bewegung gesetzt.

VON LAURA WEIDIG

**SAARLOUIS/KOBLENZ** Am 18. September 1991: Während im sächsischen Hoyerswerda der rassistische Mob tobt, betrinken sich im Bayrischen Hof in Saarlouis drei Neonazis, im Anschluss brennt eine nahe gelegene Asylbewerberunterkunft. Der 27-jährige Ghanaer Samuel Yeboah stirbt qualvoll in den Flammen. Die Ermittlungen werden nach knapp einem Jahr eingestellt, der oder die Täter bleiben über Jahrzehnte unbehelligt.

32 Jahre später: Im Oberlandesgericht in Koblenz sitzt der mutmaßliche Brandstifter Peter S. auf der Anklagebank und erwartet sein Urteil – er gehörte damals zum harten Kern der extrem rechten und gewalttätigen Saarlouiser Skinheadszene. Nachdem 1991 eine neue Zeugen-aussage Bewegung in den Fall brachte, hat der Generalbundesanwalt ihn wegen Mordes, 20-fach versuchten Mordes und Brandstiftung mit Todesfolge angeklagt. Er bestreitet die Tat zunächst, nach knapp sechs Monaten dann die Kehrtwende: Ja, er sei dabei gewesen, als das Feuer gelegt wurde.

Die Hauptverhandlung wirft ein Schlaglicht auf die gesellschaftliche Stimmung im Saarland der 1990er-Jahre. Eine Zeit, in der Rassismus gang und gäbe war, und die Neonaziszene auf Verständnis, wenn nicht gar offenen Zuspruch seitens Teilen der Bevölkerung hoffen konnte. Gerade Saarlouis war demnach – wie der damalige Innenstaatssekretär Richard Dewes (SPD) 1992 hinter verschlossenen Türen gestand – was Brandanschläge und Bombendrohungen angeht, ein Schwerpunkt extrem rechter Aktivitäten.

In Koblenz befindet Nebenklage-anwalt Björn Elberling in seinem Schlussplädoyer, angesichts der Vielzahl an Brandanschlägen in der Region seien seinerzeit eigentlich Er-



Eine Gedenktafel erinnert an Samuel Yeboah, der 1991 bei einem rassistisch motivierten Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft ums Leben kam. Über 30 Jahre später soll im Prozess am Montag nun das Urteil fallen.

FOTO: HARALD TITTEL/DPA

mittlungen wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung angezeigt gewesen. Denn: Zahlreiche weitere Brand- und Sprengstoffanschläge dieser Zeit – ob der Bombenanschlag auf das PDS-Büro 1990 in Saarbrücken oder der versuchte Sprengstoffanschlag auf das Orannaheim – sind bis heute unaufgeklärt.

Anders als in den 1990ern ist heute – seitens des Gerichts, der Bundesanwaltschaft sowie der Polizei – ein deutlicher Aufklärungswillen zu erkennen. Der Prozess ist insofern ein Signal an die Opfer. Viele von ihnen sind durch die Tat bis heute traumatisiert.

„Der Anschlag und dass wir drei Jahrzehnte vom Staat im Stich gelassen wurden, hat unser Leben beschädigt. Jetzt hoffen wir, dass das Gericht den Angeklagten verurteilt und auch alle Mittäter noch zur Verantwortung gezogen werden“, sagt Abdul S., einer der Überlebenden und Nebenkläger im Prozess am OLG Koblenz.

Nach der Tat habe es keinerlei Unterstützung oder Hilfsangebote gegeben, sagt Ursula Quack vom saarländischen Flüchtlingsrat. Vielmehr seien die Bewohner selbst verdächtigt worden. Es hat 30 Jahre gedauert, bis ihr Leiden von staatlicher Seite ernst genommen wurde. Zumindest das Leid derjenigen, deren Aufent-

haltsort ermittelt werden konnte: Bei sieben der 20 Betroffenen gelang dies laut Gericht nicht – es liegt die Vermutung nahe, dass sie einfach abgeschoben wurden.

Es ist auch ein Signal an die Täter, sich Jahrzehnte später nicht vor Strafverfolgung sicher wähnen zu können. Vor dem OLG zeigten sich vor allem die sogenannten Szene-Zeugen auffallend unkooperativ. Für einige dürfte das ein Nachspiel haben: Laut Gericht sollen mehrere Verfahren wegen Falschaussage eingeleitet worden sein – einer Straftat, die eine Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren nach sich ziehen kann.

Die erste weitere Verhaftung gab es bereits: Der einstige Anführer der Saarlouiser Nazi-Skins, Peter S. sitzt seit Juni in Untersuchungshaft. Laut Generalbundesanwalt soll er seinen engen Freund, den angeklagten Peter S., beim Bier zur Tat angestachelt haben. „Hier müsse auch mal was brennen“, soll er mit Blick auf die rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda gesagt haben. Wer wusste von dem Anschlag, und

wann? Ist die Einzeltäterthese haltbar? Das sind Fragen, die auch das Urteil am Montag mutmaßlich nicht klären wird, denen die Justiz aber in einem weiteren Prozess gegen Peter S. nachgehen könnte.

Vielen der Zeugen war es sichtlich unangenehm, mit ihrer einstigen oder noch bestehenden rechten Einstellung konfrontiert zu werden, oftmals wurde die eigene Rolle in der Neonaziszene auffallend schönigt oder heruntergespielt. Auch der Angeklagte will bereits 2007 aus-gestiegen sein. Dass hieran Zweifel angebracht sind, zeigten bei ihm im Rahmen einer Hausdurchsuchung aufgefundene Fotos, Chatinhalte und Memes mit hochgradig den Nationalsozialismus verherrlichenden, rassistischen Inhalten.

Nachfrage bei Fabian Virchow. Der renommierte Rechtsextremismusforscher definiert die Kriterien für einen Ausstieg aus der extrem rechten Szene wie folgt: „Ein klares Ende von Aktivitäten in der Szene, keine weiteren Straftaten sowie der Verzicht, scenebezogene Kleidung zu zeigen – und entsprechende Tat-

toos entfernen zu lassen. Es muss, in der Regel ein längerer Prozess, eine Auseinandersetzung mit den Gründen hinzukommen, warum dieses Milieu, diese Weltanschauung, die sozialen Praktiken für die jeweilige Person attraktiv war – zum Beispiel Gewalt –, sowie ein Überwinden und Ablegen der Ideologie.“

Angesichts erkennbar fortbestehender sozialer Kontakte in die neonazistische Szene und entsprechende Interaktionen aber auch von ideologisch einschlägiger Kommunikation – wie sie die Beweisaufnahme beim Angeklagten nachwies – sei eine Behauptung vom Ausstieg nicht glaubwürdig.

Klar ist: Die Tat geschah nicht im luftleeren Raum, sondern vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Umfelds, in dem Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit weithin geduldet wurden. Auch seitens der Polizei? Vor dem OLG Koblenz berichteten Überlebende des Anschlags von schweren Ermittlungsfehlern. Die wurden teils, obwohl sie kaum Deutsch sprachen, ohne Übersetzer verhört.

Eine Zeugin gab an, zwei schwarz gekleidete Personen aus dem Haus laufen gesehen zu haben. Im Polizeiprotokoll wurden daraus offenbar „Neger“ gemacht. Der vorsitzende

Richter Konrad Leitges sieht sich angesichts der Häufung von derlei Seltsamkeiten veranlasst, die Verlässlichkeit der damaligen Polizisten und ihrer Vernehmungsprotokolle grundsätzlich anzuzweifeln.

„Dank der präzisen Aufklärung in der Hauptverhandlung am OLG Koblenz kann niemand mehr diese dramatische Verharmlosung rechten Terrors und Ignoranz durch Polizei und Justiz im Saarland leugnen“, so der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) und der Saarländische Flüchtlingsrat in einer gemeinsamen Erklärung.

Im Saar-Landtag hat sich vergangene Woche nach einstimmigem Beschluss ein U-Ausschuss konstituiert, der behördliche und politische Versäumnisse prüfen, die politischen Hintergründe dieser rassistischen Anschläge untersuchen soll. „Um den Interessen der Opfer gerecht zu werden und die notwendige gesellschaftspolitische Debatte zu führen“, sagt dessen Vorsitzende, Sevim Kaya Karadag (SPD).

Die Polizei indes hatte bereits präventiv – noch vor Prozessbeginn – Fehler in ihren Ermittlungen eingeräumt, sich dafür entschuldigt und eine interne Ermittlungsgruppe, die „AG Causa“ eingesetzt. Deren Arbeit ruht derzeit, es existiert zwar ein Zwischenbericht, zu dessen Ergebnissen hält sich die Polizei öffentlich aber ebenso bedeckt wie zu der Frage, wann und wie die interne Ermittlungsgruppe wieder tätig werden soll. Der Landtag hat derweil auch einen Opferfonds beschlossen, aus dem Opfer rassistischer oder terroristischer Gewalttaten finanziell entschädigt werden sollen.

Ein Blick nach Saarlouis. Dort hat nach 32 Jahren Oberbürgermeister Peter Demmer (SPD) erstmals den rassistischen Hintergrund der Tat eingestanden. Seine Amtsvorgänger wie auch er selbst hatten sich damit lange schwergetan.

Durch den Prozess habe in Saarlouis ein Umdenken im Umgang mit der Tat eingesetzt, so Demmer, der am 32. Todestag zu einer öffentlichen Gedenkveranstaltung einlud, wo Demmer sich in seiner Ansprache für die fehlende Empathie entschuldigte, mit der die Kreisstadt Saarlouis den Opfern in der Vergangenheit begegnet sei.

Das sorgte prompt für neue Irritationen: Denn mit den Überlebenden hat niemand Kontakt aufgenommen, um sie zur Gedenkveranstaltung einzuladen. Über 30 Jahre habe man sie ignoriert, und daran habe sich nichts geändert, so das enttäuschte Resümee eines der Betroffenen.

## Erste Auszahlungen aus dem Transformationsfonds

VON DANIEL KIRCH

**SAARBRÜCKEN** Der im Dezember 2022 beschlossene, größtenteils schuldenfinanzierte Transformationsfonds des Saarlandes wird für erste konkrete Projekte genutzt und findet zunehmend Nachahmer in anderen Bundesländern. Wie das Finanzministerium auf SZ-Anfrage erklärte, ist die Umsetzung in vollem Gange. In allen drei Bereichen (Industrie, Infrastruktur, Innovation)

seien Projekte und Maßnahmen vorgeschlagen, diskutiert, adaptiert und teilweise bereits beschlossen worden.

Im Zusammenhang mit der Nachnutzung von Ford Saarlouis seien Kosten von rund 50 000 Euro im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit Ford entstanden, die aus dem Transformationsfonds finanziert worden seien. Außerdem sei für künftige Ausgaben, die sich aus der Kooperationsvereinbarung

ergeben könnten, eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 103 Millionen Euro aus dem Wirtschaftsplan 2023 in Anspruch genommen worden.

Ziel der Maßnahme sei es, die Weichen für eine erfolgreiche Nachnutzung zu stellen und für verschiedene Nutzungsszenarien des ehemaligen Ford-Geländes gerüstet zu sein. Weitere Auszahlungen seien darüber hinaus aus dem Fonds bisher nicht geleistet worden.

Die Erstellung von Konzepten wie für die Unterstützung der Kommunen bei Investitionen in die energetische Modernisierung (Schulbauprogramm), aber auch Projekte im Innovationsbereich stünden unmittelbar vor Abschluss. Ob dazu Mittelabflüsse noch in diesem Jahr erfolgen, sei derzeit aber noch nicht endgültig absehbar. Die finale Fördersumme für die Wolfsped-Ansiedlung steht nach Angaben des Finanzministeriums noch nicht fest.

Von den drei Milliarden Euro, die der Fonds umfasst, werden 2,5 Milliarden kreditfinanziert – etwas weniger als die zunächst geplanten 2,8 Milliarden. Der Entwurf für den Wirtschaftsplan für die Jahre 2024 und 2025 soll in Kürze dem Landtag übersandt und zusammen mit dem Doppelhaushalt beraten werden.

Nach dem SPD-regierten Saarland hat inzwischen auch das schwarz-rot-regierte Berlin einen Fünf-Milliarden-Fonds (mit der

Option auf weitere fünf Milliarden Euro) verabschiedet, ebenso das rot-grün-rot-regierte Bremen (drei Milliarden Euro). Im rot-grün geführten Niedersachsen steht ein Transformationsfonds im Koalitionsvertrag. Diskussionen laufen nach Informationen des Finanzministeriums unter anderem in Hessen (CDU/Grüne), Baden-Württemberg (Grüne/CDU), Schleswig-Holstein (CDU/Grüne), Mecklenburg-Vorpommern (SPD/Linke).

## Die Messe mit „Zukunft zum Anfassen“

Zur Ausbildungsplatzmesse der Wirtschaftsjunioren Saarland sind über 120 Unternehmen gekommen, um sich vorzustellen.

**SAARBRÜCKEN** (bub) Unter dem Motto „Zukunft zum Anfassen“ hat die zwölfte Ausbildungsstelle der Wirtschaftsjunioren Saarland (WJS) in Saarbrücken stattgefunden. Bei der jungen Zielgruppe stieß die Messe erneut auf großes Interesse: „Über die Hälfte unserer Aussteller finden hier erfolgreich Auszubildende“, sagt Carsten Peter, der Geschäftsführer der WJS. Über 120 Aussteller hätten Stände aufgebaut, über 100 Berufe seien vertreten von der Arzthelferin

bis zum Zerspanungsmechaniker, Handwerksberufe ebenso wie duale Studiengänge. Das Spektrum sei so breit, dass sich jeder junge Mensch hier orientieren und etwas finden könne, das ihn anspreche. So kam auch die Schülerin Fatima Tahli von der Gemeinschaftsschule Ludwigspark mit ihrer Klasse und hatte gleich zwei Favoriten ausgemacht: den Einzelhändler dm und die Pflegeberufe, die beispielsweise von der AWO beworben wurden. „Noch gehe ich zur

Schule, aber beides könnte ich mir später gut vorstellen und hier habe ich ganz konkrete Informationen erhalten“, sagt die Schülerin und lässt sich von Fabiana Biondo am Stand von dm ein Make-up auflegen.

Überhaupt gab es an vielen Ständen direkte praktische Dinge zu sehen, Gerüstbauer Sandro Rende ließ schon auf dem Vorplatz eine Gerüstbrücke aufstellen und präsentierte sein Handwerk. Der Unternehmer, der Auszubildende auch über Kopf-



Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) und IHK-Chef Frank Thomé auf der Ausbildungsstelle. FOTO: BECKERBREDEL

prämien sucht und ohne aktives Anwerben keinen Nachwuchs mehr findet, ist überzeugter und langjähriger Aussteller. „Das Engagement der Wirtschaftsjunioren ist beispiellos im Saarland. Daher machen wir hier mit und finden auch Nachwuchs.“

Am Sonntagmittag kam Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) zur Messe, sie lobte ebenfalls die Initiative der WJS und sprach von einem Erfolgsmodell, dass vielen Jugendlichen direkte Perspektiven aufzeige.

## Hier blitzt heute die Polizei

**SAARBRÜCKEN** (red) Die Polizei hat Geschwindigkeitskontrollen auf der B 41 zwischen St. Wendel und Neunkirchen, auf der A 62 zwischen dem Autobahndreieck Nonnweiler und der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz sowie auf der A 623 zwischen der Anschlussstelle Saarbrücken-Herrensohr und dem Autobahndreieck Friedrichsthal angekündigt. Darüber hinaus behält sich die Polizei weitere Kontrollen vor.

Produktion dieser Seite:  
Antonia Trinkaus, Markus Renz